

»Der Oberbürgermeister trägt die volle Verantwortung«

In Leipzig will die Linkspartei die Bürger über ein »Einheits- und Freiheitsdenkmal« abstimmen lassen. **Ein Gespräch mit Volker Külow**

Seit Jahren gibt es in Leipzig eine heftige Diskussion um das sogenannte »Einheits- und Freiheitsdenkmal«, das an das Ende der DDR erinnern soll. Der Wettbewerb um dessen Gestaltung ist jetzt gescheitert – haben die Gegner des Denkmals damit gesiegt?

Ganz im Gegenteil! Die Leipziger Bürgerschaft demonstriert erneut »Wir sind das Volk« und bleibt sich damit treu. 2008, mehr als ein Jahr nach dem Beschluß für den Bau des entsprechenden Berliner Denkmals, hatte der Bundestag gönnerhaft geruht, Leipzig ein Juniordenkmal zuzubilligen. Eine Art Denkmal-Schnäppchen mit Landesrabbatt. Zum Festpreis für die sächsische Provinz.

Ohne befragt worden zu sein, ist das für die Stadt des revolutionären Oktobers 1989 nicht hinnehmbar. Die Leipzigerinnen und Leipziger errichten und finanzieren ihre Denkmäler selbst – siehe Völkerschlachtdenkmal. Im übrigen wurden im Bundestag damals Ursache und Wirkung jener 89er Tage auf den Kopf gestellt. Leipzig besteht aber auf der historischen Logik: Mauerfall und deutsche Einheit – wie immer man dazu steht – sind die Folge der Leipziger Ereignisse. Nicht umgekehrt.

Die Linke macht sich in Leipzig als einzige Partei seit 2009 für demokratische Bürgerbegehren stark. Wir wollen also die Frage zur Abstimmung stellen: »Sind Sie dafür, daß in der Stadt Leipzig ein aus Bundes- und Landesmitteln finanziertes Freiheits- und Einheitsdenkmal errichtet wird?«

Das Denkmal sollte auf dem Platz entstehen, der nach Wilhelm Leu-



Volker Külow ist Landtagsabgeordneter der sächsischen Linkspartei und Vorsitzender des Leipziger Stadtverbandes seiner Partei

scher benannt ist. Gegen diesen Standort gab es heftigste Bedenken – sind darin vielleicht auch Vorbehalte gegen den Namensgeber zu erkennen?

Keinesfalls. Leipzig hält das Andenken an diesen großen Sozialdemokraten in Ehren und steht insbesondere zu dessen antifaschistischer Biographie. Aber die Stadtspitze hat die Leipziger auch in dieser Detailfrage unterschätzt. Den Versuch einer Parkgestaltung unter dem Vorwand, dort die Erinnerungsstätte zu errichten, hat die Bevölkerung sofort durchschaut. Das heißt: Der Denkmalsgedanke würde durch die seit langem überfällige Bebauung dieser Nachkriegs-Wüstenei im Stadtzentrum verfälscht. Es wäre eine Disneyland-Variante als Denkmal entstanden.

SPD-Oberbürgermeister Burkhard Jung macht die Medien dafür verantwortlich, daß die Stimmung gegen seine Denkmalspläne gekippt ist. Hat er mit dem Vorwurf recht?

Es ist ein hilfloses Rückzugsgefecht, um der politischen Krise zu begegnen, die zu den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen gravierende Auswirkungen haben kann. Es ist doch ein politischer Skandal ersten Ranges, wenn zum 25jährigen '89-Jubiläum vom »Freiheits- und Einheitsdenkmal« nicht die geringste Spur zu sehen ist. Bis 2015, der 1000-Jahrfeier Leipzigs, wird sich daran auch nichts geändert haben.

Außer Spesen nichts gewesen – bislang sind es 450 000 Euro. Ein etwas mageres Ergebnis, für das der Oberbürgermeister die volle Verantwortung trägt. Er hat es jedenfalls geschafft, die Leipziger zu provozieren und damit zu polarisieren. Sein autoritäres Vorgehen birgt die Gefahr in sich, daß das Projekt scheitert.

Wie soll es weitergehen?

Die eindeutige Position der Leipziger Linken habe ich eingangs dargestellt. Auf dem nächsten Stadtparteitag am 22. März wird es einen entsprechenden Beschlußantrag geben, der wohl eine Mehrheit bekommt. Dann legen wir mit dem Sammeln der notwendigen 26 000 Unterschriften im Rahmen des Kommunal- und Europawahlkampfes los. Es wäre wünschenswert und zweckmäßig, das Bürgerbegehren mit der Landtagswahl am 31. August 2014 zu verbinden. Alle weiteren Schritte hängen vom Ausgang dieser Volksabstimmung ab.

Interview: Markus Bernhardt